

## Über 700 000 Waffenscheine in Deutschland

**BERLIN** (may) Die Zahl der Kleinen Waffenscheine ist in Deutschland im vergangenen Jahr erneut um knapp 40 000 und damit um sechs Prozent gestiegen. Sie hat damit erstmals die 700 000er Grenze überschritten. Das geht aus einer Umfrage unserer Redaktion unter den 16 Innenministerien der Bundesländer hervor. Die Zahl der Erlaubnisse zum Führen von Schreckschuss-, Reizstoff- und Signalwaffen ist mit 10,6 je Tausend Einwohner in Schleswig-Holstein am höchsten, dicht gefolgt von 10,6 im Saarland und 9,7 in Nordrhein-Westfalen. Die Gesamtzahl der Kleinen Waffenscheine in allen Bundesländern kletterte von 664 706 Ende 2019 auf 704 251 Ende vergangenen Jahres.

Allein an Rhein und Ruhr stieg die Zahl der Kleinen Waffenscheine binnen eines Jahres von 167 002 auf 174 744. Das ist eine Steigerung von 4,7 Prozent und stellt auf hohem Niveau eine Verlangsamung des Zuwachses dar. In den Vorjahren waren teilweise sogar zweistellige Zuwachsraten verzeichnet worden. Hessen zählte Ende vergangenen Jahres 58 446 Kleine Waffenscheine, Rheinland-Pfalz 36 176 und das Saarland 14 430.

Die Gewerkschaft der Polizei (GdP) sieht die Entwicklung sehr kritisch. „Die größte Gefahr dabei ist, dass Schreckschusswaffen äußerlich meist baugleich mit echten Schusswaffen sind, ein Unterschied ist augenscheinlich nicht zu erkennen“, warnte der stellvertretende GdP-Vorsitzende Dietmar Schilff. „Das erschwert der Polizei die Arbeit enorm.“

# Union ringt um mehr Transparenz

In der Affäre um Maskendeals und Lobbyismus-Vorwürfe legt der Vorstand der Unionsfraktion eine Transparenzoffensive vor. Doch der Druck auf CDU und CSU wächst weiter, zumal weitere Abgeordnete in den Fokus geraten.

VON JAN DREBES UND JANA WOLF

**BERLIN** In der Unionsaffäre um Maskengeschäfte und Lobbyismus-Vorwürfe will die CDU/CSU-Bundestagsfraktion mit einem neuen Zehn-Punkte-Plan für mehr Transparenz sorgen. Das Papier, auf das sich der Geschäftsführende Fraktionsvorstand am Freitag einigte, sieht deutliche Verschärfungen im Abgeordnetengesetz vor. Ziel ist es, „diese Transparenzoffensive umgehend gesetzlich umzusetzen“, heißt es in dem Plan, der unserer Redaktion vorliegt.

Demnach sollen Abgeordnetenbestechung und -bestechlichkeit als Verbrechen hochgestuft und mit einer Freiheitsstrafe von mindestens einem Jahr geahndet werden. Wer Abgeordnete bestecht oder sich als Abgeordneter bestechen lasse, begehe kein Vergehen, sondern ein Verbrechen, heißt es in dem Papier. „Und das muss sich künftig im Strafgesetzbuch auch genauso abbilden lassen.“ Zudem soll bezahlte Interessensvertretung für Dritte gegen-



Kurz vor den Landtagswahlen am Sonntag in Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz kommt die Masken-Affäre zu einem denkbar ungünstigen Zeitpunkt für CDU-Chef Armin Laschet und die Union.

FOTO: OLIVER BERG/DPA

über der Bundesregierung oder im Bundestag verboten werden. Bei Verstößen soll ein Ordnungsgeld fällig werden, dessen Höhe in dem Papier jedoch nicht definiert ist.

Dieses Verbot dürfte künftig auch bei Fällen wie den zuletzt bekannt gewordenen Provisionszahlungen an Unionsabgeordnete bei der Beschaffung von Schutzmasken greifen. Auch die jüngsten Vorwürfe der Interessensvertretung für das autoritär regierte Aserbaidschan dürften unter der neuen Regelung gefasst sein. Der Zehn-Punkte-Plan sieht auch vor, dass Nebenver-

**„Und das muss sich künftig im Strafgesetzbuch auch genauso abbilden lassen.“**

**Aus dem Transparenz-Papier der CDU/CSU-Bundestagsfraktion zur Bestechlichkeit von Abgeordneten**

dienste ab 100 000 Euro „auf Euro und Cent genau“ angeben werden müssen. Abgeordnete sollen ferner dazu verpflichtet werden, Einnahmen aus Unternehmensbeteiligungen über 25 Prozent anzuzeigen. Die Unionsaffäre hatte sich in den

vergangenen Tagen zunehmend ausgeweitet und den Druck auf CDU und CSU massiv erhöht. Neu in den Fokus geraten ist nun auch der Parlamentarische Staatssekretär im Bundeswirtschaftsministerium und Tourismusbeauftragter der Bundesregierung, Thomas Bareiß (CDU). Er soll im Interesse Aserbaidschans Druck auf einen Hersteller von Beatmungsgeräten ausgeübt haben, damit dieser seine Lieferung an die frühere Sowjetrepublik schneller abwickelt. Bareiß wies den Vorwurf zurück. Er habe „keinerlei Druck“ ausgeübt und auch „keinerlei Ge-

genleistung“ erhalten, sagte er der Deutschen Presse-Agentur. Zugleich aber räumte er ein, sich bei dem Hersteller von Medizintechnik, der Firma Löwenstein Medical aus Rheinland-Pfalz, über den Stand der Lieferungen erkundigt und dem „Kollegen in Aserbaidschan“ die Informationen weitergeleitet zu haben.

Vorwürfe der Lobbyarbeit für Aserbaidschan hatten bereits am Donnerstag zu politischen Konsequenzen geführt: Der Thüringer CDU-Politiker Mark Hauptmann legte sein Bundestagsmandat nieder, nachdem auch er in den Fokus geraten war. Zudem soll Hauptmann im Frühjahr 2020 Corona-Schutzmasken zu überhöhten Preisen an verschiedene Landratsämter in Thüringen vermittelt haben. Ausgelöst wurde die Unionsaffäre durch die Fälle Georg Nüßlein (CSU) und Nikolas Löbel (CDU), die durch die Vermittlung von Maskengeschäften sechsstelligen Beträge kassiert haben sollen. Beide Politiker sind aus der Fraktion sowie aus ihren Parteien ausgetreten. Löbel hat ebenfalls sein Mandat niedergelegt, Nüßlein hält weiter daran fest.

Am Freitagabend lief für alle Abgeordneten von CDU und CSU die Frist zur Abgabe einer Transparenzerklärung ab. Der Fraktionsvorstand hatte die 245 Fraktionsmitglieder dazu aufgefordert, schriftlich mitzuteilen, ob sie einen persönlichen oder finanziellen Vorteil im Zuge der Pandemiebekämpfung erzielt haben. Offen war zunächst, wann die Fraktion das Ergebnis der Aufrufs öffentlich macht und wie mit nicht abgegebenen Erklärungen umgegangen wird.

## Ex-Institutschef des Trierer Bischofs tritt aus Kirche aus

VON ROLF SEYDEWITZ

**TRIER/KÖLN** Dieser Kirchnaustritt dürfte nicht nur dem Kölner Kardinal Rainer Maria Woelki besonders weh tun, sondern auch Woelkis Trierer Bischofskollegen Stephan Ackermann: Oliver Vogt, langjähriger Kölner Interventionsbeauftragter und Chef des Instituts für Prävention und Aufarbeitung, hat der Kirche den Rücken gekehrt – aus Frust über ehemalige und amtierende Geistliche in der Chefetage der Erzdiözese Köln bei der Missbrauchsaufarbeitung. „Ich komme nicht mehr klar damit, dass führende Kirchenvertreter nicht bereit sind, moralisch Verantwortung für die Geschehnisse, an denen sie persönlich beteiligt waren, zu übernehmen“, sagte Vogt der Katholischen Nachrichten-Agentur.

Nachdem Woelki 2014 Erzbischof in Köln wurde, war es Vogt, der die Leitung der neuen Stabsstelle Intervention übernahm. Zu ihren Aufgaben gehörte es, alle Personal- und andere Akten zu Missbrauchsfällen zusammenzutragen. Die gingen dann an die Juristen, die im Auf-

trag Woelkis Missbrauchsgutachten erstellen und Vertuscher unter den Verantwortlichen beim Namen nennen sollen. Um die Veröffentlichung gibt es seit Monaten Streit.

Im Herbst 2019 verabschiedete sich Oliver Vogt vom Erzbistum, um das unter Federführung des kirchlichen Missbrauchsbeauftragten Stephan Ackermann neu gegründete Institut für Prävention und Aufarbeitung von sexualisierter Gewalt (IPA) in Lantershofen (Kreis Ahrweiler) zu leiten. Der Trierer Bischof lobte seinerzeit, Oliver Vogt habe in Köln über viele Jahre wegweisende Arbeit geleistet und wichtige Standards in diesem Bereich etabliert. „Diese Erfahrung wird für den Start des neuen Instituts maßgeblich sein“, so der Trierer Bischof wörtlich. Doch schon nach einem Jahr gab Vogt die Aufgabe in Lantershofen wieder ab, um die Schulabteilung der Stadt Solingen zu leiten. Er gehe nicht im Streit, sondern aus persönlichen Gründen, hieß es.

Vogts nun erklärter Kirchnaustritt dürfte dagegen einschlagen wie eine Bombe.

## Regierung gibt deutlich mehr für externe Berater aus

**BERLIN** (dpa) Die Ausgaben der Bundesregierung für externe Berater sind im vergangenen Jahr erneut deutlich gestiegen. Vorläufige Meldungen der einzelnen Ressorts an das Finanzministerium summieren sich auf 433,5 Millionen Euro, was einer Zunahme um 46 Prozent im Vergleich zum Vorjahr entspricht. Das geht aus Antworten des Ministeriums auf Anfragen des Linken-Abgeordneten Matthias Höhn hervor. Danach hat das Innenministerium mit 204,3 Millionen Euro mit Abstand am meisten in Expertise von außen investiert. Dahinter folgen das Verkehrsministerium mit 63,3 Millionen, das Finanzministerium mit 52,7 Millionen und das Gesundheitsministerium mit 41,9 Millionen Euro. Am wenigsten ließ sich das Arbeitsministerium die externe Hilfe mit 698 000 Euro kosten.

Die Zahlen gehen aus drei Fragen Höhns für einzelne Zeiträume im vergangenen Jahr hervor. In ihrer aktuellen Antwort zum vierten Quartal weist die Parlamentarische Staatssekretärin Bettina Hagedorn darauf hin, dass wegen der Kürze der für die Beantwortung zur Verfügung stehenden Zeit „Unsicherheiten beziehungsweise Unschärfen des Lückens“ nicht ausgeschlossen werden können. 2019 waren die Ausgaben für externe Berater der Bundesregierung bereits um 63 Prozent von 181,4 auf 296,3 Millionen Euro gestiegen.

Der Linken-Politiker Höhn kritisierte die steigenden Ausgaben scharf. „Für viele Menschen war 2020 eine wirtschaftliche Katastrophe. Aber externe Berater machen in der Pandemie weiterhin satte Gewinne“, sagte er.

Anzeige

**CDU**

**BEIDE STIMMEN CDU**

**WIR MACHEN DAS.**

**Morgen gilt es: Baldauf wählen. Neustart wählen.**

**christianbaldauf.de**

V.S.D.P. - CDU RHEINLAND-PFALZ | RHEINALLEE 14 D | 55116 MAINZ